Heute „Welt-Spiegel“ Morgen-Ausgabe Mit „Welt-Spiegel“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postanschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Deutschland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband d. d. Exped. d. Bl. möglich. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr 4297—4299.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 384. Anzeigenpreis: Die 1Gespalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/5; Greifswalder Straße 197; Sonnstr. 1; Müllerstr. 135; Bahnhofstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hektenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 28/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 120; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 74 Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang Sonntag, 13. Februar 1927

In den besten Händen.

T. W. Der Herr Reichskanzler Marx, der als Reichsjustizminister schon einige Male das Recht in einer dem Laien nicht ganz verständlichen Weise ausgelegt hatte, bekennt sich jetzt zu der Meinung, daß es jedem Beamten erlaubt sein müsse, einem zeitweilig erfolgreichen Staatsstreichhelden oder Aufrührer seine Unterstützung zu leihen. Herr v. Keudell hat als Landrat nur den Befehlen gehorcht, die von den Anhängern der Kapp und Lüttwitz ausgegeben wurden, und darum ist er — sagt Marx — ein musterhafter Beamter und ein Staatsdiener von erprobter Zuverlässigkeit. Wir hatten bisher gedacht, ein Staatsdiener sei derjenige, der dem Staate und nicht staatsfeindlichen Putschisten gehorsam dient. Was Herr Marx, schon ganz umsponnen von den deutschnationalen Ausflüchten, im Reichstag vortrug, ist gar nichts anderes als eine Verleugnung aller staatserhaltenden Prinzipien, ein Preislied auf die Ueberläuferei, eine Entschuldigung jeden Hochverrates, eine Zustimmung zu staatsauflösender Anarchie. Ach, erklärt uns Herr Marx, der arme Landrat war von den republikanischen Nachrichtenzentralen abgeschnitten und mußte daher tun, was ihm die Putschregierung gebot. Wenn ein Soldat auf einsamem Posten, ohne Verbindung mit seiner Truppe, zum Feinde übergeht, ist das ein Verbrechen, und ein Landrat, der ebenso handelt, verdient uneingeschränktes Lob? Nachdem, auf die Idylle gebückt, der redliche Marx seine gegenwärtigen Ideen über Beamtenpflichten und Staatstreue so vertrauenerweckend äußert hatte, erklärte der umkämpfte Reichsinnenminister, daß er „zu seinem Eid stehe“, und versprach, der ihm durch einen „Eid auferlegten Pflicht, für den Schutz und das Ansehen der Republik zu sorgen, mit dem größten Ernst nachzukommen“. Wir zweifeln nicht eine Sekunde lang an dem Ernst des Herrn v. Keudell und an seinen guten Absichten, aber er hatte auch als Landrat die republikanische Verfassung beschworen und hat dann doch, solange das Glück dem Putschfuhr hold schien, den Kapp und Lüttwitz gehorcht. Und, man möge verzeihen, wir haben eine leichte Abneigung gegen ein Republikanertum, das nicht aus der Ueberzeugung sich ergibt, daß er für die Dauer einer Amtszeit gelten soll und im Ausgleich gegen ein Ministerportefeuille zeitweilig herausgehängt werd. Unser simples Empfinden wendet sich gegen Portefeuillerepublikaner, die ein Doppelleben führen und, während sie im Kabinett den heutigen Staat betreuen wollen, in ihrer Partei und vor ihren Wählern Monarchisten sind. Herr Marx versichert, daß er das Material aus den Kapp-Tagen, die Olympia-Schießübungen auf dem Keudellschen Gute und die saubere Aechtungsaffäre, in die sein Innenminister verwickelt ist, „leidenschaftslos“ geprüft habe, und die Versicherung war eigentlich überflüssig, da noch niemand ihm ein übermaß an leidenschaftlichem Temperament vorgeworfen hat. Wir sind für Wirth, der sich in diesen kühlen Regionen das leidenschaftliche Staatsgefühl, die leidenschaftliche Liebe zur Republik, die leidenschaftliche Ueberzeugungstreue erhalten hat.

Als Herr Marx im Reichstag erklärte, daß der neue Reichsinnenminister kein Kappist gewesen sei, äußerten die Deutschnationalen durch lauten Beifall ihre seelische Erleichterung, und aus ihren Gesichtern leuchteten Freude und Zufriedenheit. Immer wieder muß man bedauern, daß so vielen Leuten der sogenannte ärgerliche Mut, der Mut zur Wahrheit, fehlt. Ist nicht sogar ein Saint-Just, der keine seiner Taten verleugnete, Genossen vorzuziehen, die gleich ihm die Hinrichtung Ludwigs XVI. forderten und später, in anderen Zeiten und nach anderen Vorteilen haschend, sich nicht erinnerten, mit dabei gewesen zu sein? Von dem römischen Geschichtsschreiber Messala Corvinus erzählt man, sein Gedächtnis sei zwei Jahre lang gleichsam abgetötet gewesen, und anscheinend ist bei den Deutschnationalen diese Gehirntätigkeit ähnlichen Störungen ausgesetzt. Könnten sie sonst so empört emporfahren, wenn man behauptet, einer der 3hrigen habe im März 1920 den Erfolg der Kapp und Lüttwitz gewünscht? Ja, haben denn nicht die weitaus meisten von ihnen beifällig und hoffnungsfreudig auf dieses Abenteuer und seine Ritter geblickt? Welche Gefühlswallungen begleiteten den Einmarsch der nicht eben ungemaßregelten Brigade, und welche Enttäuschung stellte sich ein, als die groteske Unfähigkeit der Empörer und die Macht der republikanischen Massen offenbar wurden und das Unternehmen zusammenbrach! Wir sehen sie doch noch zum Potsdamer Platz wandern, wo Lüttwitzens Musikkorps bemüht war, durch Militärmärsche die widerstrebende Volksseele zu entdämmen. Haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sich in der Stunde, da die Revolte zu triumphieren schien, nicht in feierlichen Proklamationen auf den bekannten Boden der Tatsachen gestellt? Man muß leider davon sprechen, um manchen das Gedächtnis, das der griechische Dichter „die Königin der Dinge“ genannt hat, königlich im Stiche läßt. Deutschnationale Persönlichkeiten von Rang, wie der Landtagsabgeordnete v. Kessel, und große Parteigruppen, wie der deutschnationale Landesverband Mittelschlesiens, begrüßten den Putsch „mit tiefer Befriedigung“. Graf Westarp feierte die Kapp-Gardisten, diese „entschlossenen Männer, durchglüht von heißer Vaterlandsliebe“, und der deutschnationale Abgeordnete Laverrenz rief nur bedauernd: „Schade, sechs Wochen zu früh!“ Und heute empfinden sie es alle als unerhörte Beleidigung, wenn man sagt, daß der Herr Reichsinnenminister v. Keudell ein Kappist gewesen sei? Heute toben sie: „Es ist nicht wahr, unser Keudell ist rein wie ein Lämmchen auf der Weide und hat niemals aus freier Entschließung einem Staatsstreichmacher auch nur den kleinen Finger seiner linken Hand gereicht“ . . .? Auch die Presse des Herrn Hugenberg ist über solche Anschuldigungen gewissermaßen moralisch ergrimmt. Und wir dachten, der politische Hauptredakteur des Hugenbergschen Lokalblattes sei in jenen Märztagen des Jahres 1920 zu Herrn Kapp gegangen, habe sich um ein Pöstchen beworben und dann, bis zum Ende der Komödie, der vielversprechenden Herrschaft als „Pressechef“ treu und talentvoll gedient? Die Deutschnationalen wenden sich immer — und darin stimmen wir ihnen zu — gegen eine Pietätlosigkeit, die dem historisch Gewordenen nicht die gebührende Achtung erweist. Warum aber verleugnen sie dann dieses Kapitel ihrer großen Vergangenheit?

Die Parteigänger des Herrn v. Keudell finden natürlich, daß gegen diesen Mann eine abscheuliche Hetze unternommen worden sei, und der Verfall unserer Sitten erscheint ihnen beklagenswert. Es handelte sich aber doch nur darum, zu untersuchen, ob Herr v. Keudell, der sich durch einen Eid verpflichtet hat, die republikanische Verfassung zu schützen, und dem Regierungsprogramm zufolge das schwarzrotgoldene Banner vor frevelhafter Antastung bewahren und die „vaterländischen“ Umsturzverbände bekämpfen soll, die für solche Aufgaben notwendigen Eigenschaften besitzt. Es muß eigentlich gestattet sein, einem Manne, der Reichsinnenminister werden will, Fragen vorzulegen und sich auch seine Vergangenheit anzuschauen. Das ist doch vor allem dann eine begreifliche und entschuldbare Neugierde, wenn man darangeht, einen deutschnationalen, bisher also monarchistischen Politiker mit der Sorge für ein republikanisches Staatswesen zu betrauen. Auf einem mehrere Seiten umfassenden Fragebogen erkundigt die Filmgesellschaft Ufa sich bei jedem, der sich um eine bescheidene Anstellung bewirbt, nach allen Einzelheiten seines Vorlebens, und, besonders gründlich, nach seinen militärischen Verdiensten, seiner soldatischen Befähigung. Gewiß kann es nicht unerlaubt und überflüssig sein, die Eignung eines Reichsinnenministers zu prüfen, wenn ein Saaldiener im Kino so examiniert werden muß. Widerliche Hetze war es, als die Hugenberg-Presse mit ungeheurem Eifer versuchte, den vornehmen, sauberen und patriotischen Ebert in den Varnat-Schmutz hineinzuziehen. Uebelste Sittenverwilderung ist es, wenn die Rechtsdemagogie politische Gegner mit Gossenworten bewirft, und wir haben keinerlei Neigung, das nachzuahmen und ähnliche Töne anzustimmen. Nun hat der „Jungdeutsche Orden“ — wahrhaftig keine demokratische Vereinigung! — in einer offiziellen Erklärung bekanntgegeben, daß die Großgrundbesitzer des Kreises Königsberg in der Neumark den Herrn Hasso v. Tresckow durch Bedrohung mit gesellschaftlicher Aechtung zwingen wollten, aus dem ihnen nicht mehr sympathischen Orden auszutreten, und daß wirklich beschlossen wurde, „jeglichen Verkehr mit Herrn Hasso v. Tresckow-Schmarsendorf abzubrechen und jede gesellige und private Veranstaltung umgehend zu verlassen, in der Herr Hasso v. Tresckow erscheint.“ Dieser „Akt gesellschaftlicher Schreckensherrschaft“ ist verübt worden, weil Herr v. Tresckow die Kühnheit gehabt hatte, „sich als Komtur des Jungdeutschen Ordens abenteuerlichen Diktaturplänen entgegenzustellen“. Auch der jetzige Reichsinnenminister v. Keudell hat daran in sehr hervorragender Weise teilgenommen. Da haben wir in der Tat einen Fall sittlicher Verwilderung, widerlicher Hetze — und jeder weiß, daß mit diesen elenden Mitteln des Boykotts auch die bürgerlichen Republikaner auf dem Lande und in den kleinen Städten verfolgt werden, die bedauerlicherweise nicht immer so gute Nerven haben, wie der Herr Hasso v. Tresckow auf Schmarsendorf. Man könnte saftige Worte des Reichsfreiherrn vom Stein zitieren, die dem Adel „in den brandenburgischen Sanddünen“ gelten, und die Ernst Moritz Arndt mit „vollem Beifall“ aufnahm

Coolidges Abrüstungsvorschlag.

Das Echo im Ausland.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

 # Genf, 12. Februar.

Das Memorandum des Präsidenten Coolidge würde, wenn der darin enthaltene Vorschlag angenommen werden sollte, in das Programm der Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz ein ganz neues Moment einschalten. Im Laufe des Monats März werden hier mehrere Tagungen von Sonderkomitees und Unterkommissionen stattfinden, die sich mit der Abrüstungsfrage befassen, und am 21. März wird die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz wieder zu einer Plenartagung zusammentreten. An den bisherigen Arbeiten haben die Vereinigten Staaten durch ihre Delegation bekanntlich einen lebhaften Anteil genommen. Der Vorschlag Coolidges würde im Rahmen dieser Kommissionstagung zu behandeln sein. Er würde indessen parallele Verhandlungen erfordern, deren Charakter ein anderer wäre, als derjenige der Kommissionsarbeiten, die der Aufstellung des Programms für die Abrüstungskonferenz gelten. In dem Memorandum heißt es, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten in der vorbereitenden Abrüstungskommission Vollmacht haben werden, mit den Delegierten der am Washingtoner Abkommen beteiligten Mächte ein weiteres Abkommen auszuarbeiten. Die Annahme des amerikanischen Vorschlages würde somit bedeuten, daß neben den Verhandlungen der vorbereitenden Kommission Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der wichtigsten Seemächte, in erster Linie der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, je nachdem auch Frankreichs und Italiens, einhergehen würden. In den hiesigen Völkerbundskreisen hat der Vorschlag Coolidges ebenso überraschend gewirkt wie bei den beteiligten Regierungen. Die Meinungen über seine Bedeutung sind geteilt. Einstimmig wird dagegen begrüßt, daß Coolidge davon absieht, eine neue Konferenz nach Washington einzuberufen, sondern Genf zum Schauplatz der Verhandlungen gewählt hat.

Rom, 12. Februar.

Zu Coolidges Memorandum über die neue Flottenbeschränkung äußern sich nur wenige Blätter. Ein Leitartikel der „Tribuna“ von Forges-Davanzati sieht in dem amerikanischen Vorschlag ein nüchternes Unternehmen, das auf die unbedingte Vorherrschaft der Vereinigten Staaten hinauslaufe, für welche die Rüstungsfrage ein lediglich maritimes Problem sei, da ja bedrohte Landgrenzen nur gegen Mexiko bestehen. Im Abkommen von Washington sei bereits die Parität erreicht worden, mit anderen Worten: Das Ende der britischen Foermel des Zweimächte-Standards („eine Flotte mindestens so stark, wie die beiden mächtigsten Flotten der Welt zusammen“) und das Ende des englisch-japanischen Bündnisses. Man müsse dieser Qualität ins Auge sehen, um die wirkliche Tragweite des neuen Vorschlages zu erkennen. Natürlich fehlt es in dem Artikel nicht an bitteren Bemerkungen über die Zurückhaltung Amerikas gegenüber dem Völkerbund, den doch Wilson ins Leben gerufen habe.

L Paris, 12. Februar.

„L'Oeuvre“ ist der Ansicht, daß Coolidges Abrüstungsvorschlag hauptsächlich den angelsächsischen Interessen dienen könne. Die Zeitung vertritt den Standpunkt, daß die Abrüstung nur in ihren drei Elementen zusammen, nämlich der Abrüstung zu See, zu Lande und in der Luft revidiert werden könne, unter Berücksichtigung aller Faktoren, die für die Rüstung eines Landes von Bedeutung sind. Frankreich müsse den amerikanischen Vorschlag der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf unterbreiten, wo die französische These triumphieren würde. Wenn dagegen die Debatte nur zwischen den Signatoren des Washingtoner Protokolls stattfinden würde, dann könnte Frankreich leicht geschlagen werden. Eine ähnliche Ansicht spricht die „Ere Nouvelle“ aus. Die Abrüstung könne nur gerecht und wirksam sein, wenn man die Kriegsstärke zu Wasser und zu Lande sowie die industriellen Kräfte und die Bevölkerungsziffer eines jeden Landes berücksichtige. Der Vorschlag des Präsidenten Coolidge richte sich so gegen den Völkerbund; er sei auf dieselbe Politik der Isolierung oder zum mindesten der Fernhaltung zurückzuführen, welche die Vereinigten Staaten veranlaßt haben, den Versailler Vertrag nicht zu ratifizieren, sich absolut vom Völkerbund fernzuhalten und keine gemeinsame Regelung der interalliierten Kriegsschulden anzunehmen. Auch das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ meint, daß die zum Völkerbund gehörenden Staaten auf ein derartiges Manöver nicht eingehen könnten, das das ganze Werk des Völkerbundes zum Auffliegen bringen würde. Das Blatt findet es besonders merkwürdig, daß Amerika seinen Pazifismus gerade in dem Augenblick betätigt, wo die Zwistigkeiten in Mexiko, Nikaragua und Panama noch nicht beigelegt sind.

Paul-Boncour, der von einem Vertreter des „Petit Parisien“ um seine Ansicht über den amerikanischen Vorschlag gefragt wurde, erklärte, daß er den amerikanischen Standpunkt nicht billigen könne, da sich eine Kommission des Völkerbundes auf Vorschlag Frankreichs bereits mit dem ganzen Abrüstungsproblem beschäftige. Nur wenn die Absichten dieser Kommission zu keinem Erfolge führen würden, wäre der amerikanische Vorschlag zu berücksichtigen. Aber dies sei nicht der Fall. Denn die Absichten der Kommission seien auf guten Wegen und würden der allgemeinen Abrüstungskonferenz, die in diesem oder im nächsten Jahre einberufen werden soll, als Grundlage dienen.